

akzept e.V. Südwestkorso 14 12161 Berlin

10. November:
Aktionstag Suchtberatung
Sucht- und Drogenhilfe absichern in der Krise
Stellungnahme **akzept** e.V.

akzept e.V. Geschäftsstelle
Christine Kluge Haberkorn
Südwestkorso 14, 12161 Berlin
+49 (0)30-827 069 46
akzeptbuero@yahoo.de

Informationen im Internet
akzept.eu, akzept.org (Archiv)
gesundinhaff.eu
naloxoninfo.de
alternativer-drogenbericht.de
hepatitis-aktion.de
patientenrechteakzept.de

Menschen die substanzbezogene Probleme entwickeln sind häufig stark belastet, nicht selten befinden sie sich in psychischen und sozialen Notlagen in denen sie Unterstützung benötigen. Durch die Folgen der aktuellen Krisen (Corona, Energiekrise, steigende Kosten) sind diese aufgrund begrenzter individueller Ressourcen und prekärer Lebenslagen besonders stark belastet.

Die ambulante Sucht und Drogenhilfe versorgt jährlich über 500.000 Menschen in ganz Deutschland. Als gemeinnützige Anbieter arbeiten die Träger der freien Wohlfahrtspflege nicht gewinnorientiert und stellen u.a. Angebote wie Kontakt- und Beratungsstellen, Drogenkonsumräume, Übernachtungsmöglichkeiten und andere Überlebenshilfen zur Verfügung. Viele Menschen nutzen die Angebote der Drogen- und Suchthilfe um Unterstützung in Form von Beratung in Anspruch zu nehmen aber auch, um sich auszuruhen, aufzuwärmen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Um diese Angebote vorhalten zu können sind qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl, eine angemessene Sachmittelausstattung und für die Betroffenen erreichbare Räumlichkeiten unabdingbar. Bereits in den Vorkrisenjahre orientierte sich die Personal- und Sachmittelausstattung eher am Mindestmaß als am fachlich Notwendigen. Der Fachkräftemangel hat die Sucht- und Drogenhilfe längst erreicht. Um Personal zu finden und zu halten ist es unbedingt erforderlich, eine angemessene, am Tarif der Länder orientierte Entlohnung zu gewährleisten.

Die Einrichtungen sehen sich nunmehr mit steigenden Kosten auf allen Ebenen konfrontiert. Dies kann bei gleichbleibenden Fördermitteln nur durch den Abbau von Fachkräften und somit der Kürzung von Angebotsstunden kompensiert werden. Kürzungen der Fördersummen, verstärken diesen Effekt und erhöhen das Risiko, dass Angebote vollständig schließen müssen.

Vorstand

Prof. Dr. Heino Stöver, Frankfurt University of Applied Sciences (1. Vors.)
Urs Köthner, Freiraum e.V. Hamburg (stellvertr. Vorsitzender)
Nina Pritzens, vista gGmbH Berlin (stellvertr. Vorsitzende)
Maximilian Plenert, Berlin (Beisitzer)
Rüdiger Schmolke, chill out Potsdam (Beisitzer)
Olaf Ostermann, Condrops e.V. München (Beisitzer)

Mitgliedschaften

DHS, ENCOD, INTERNATIONAL
DRUG POLICY CONSORTIUM

Bankverbindung

GLS Bank e.G. Bochum
IBAN: DE86 4306 0967 1155 4041 00
BIC: GENODEM1GLS

Während sich die Lebenssituation der Menschen verschlechtert und der Bedarf an Unterstützung zunimmt, sind Länder und Kommunen angehalten ihre Ausgaben zu reduzieren. Dies bedeutet eine erhebliche Reduzierung der dringend benötigten Angebote.

In von der Corona Pandemie besonders betroffenen Branchen kann beobachtet werden, dass einmal vollzogene Angebotseinschränkungen aufgrund des Fachkräftemangels kaum wieder rückgängig gemacht werden können.

Fördersummenkürzungen und der folgende Angebotsabbau werden auf Jahre hinaus Wirkungen zeigen und die soziale und gesundheitliche Benachteiligung von Menschen mit substanzbezogenen Problemen verstärken.

Wir fordern von den kommunalen/regionalen Kostenträger:innen:

- ▶ verbindliche Absicherung der Energiekosten für gemeinnützige Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe
- ▶ keinen direkten oder indirekten Abbau von Angeboten für Menschen in Notlagen
- ▶ kein Abbau von Fördersummen für Drogen- und Suchthilfeprojekte.

akzept e.V. am 10.11.2022

Nina Pritzens für den Vorstand